

# Danziger Zeitung.

Freitag, 26. Februar.



Abend-Ausgabe.

Nr 15717.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstrasse Nr. 4, und bei allen Kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Insätze kosten für die Pettizette oder deren Raum 20 M. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1886.

## Telegramme der Danziger Ztg.

Belgrad, 26. Febr. (W. T.) Eine Circularnote Garashanin's, welche den Vertretern der Mächte überreicht ist, bemerkt, daß wegen des Drängens der Großmächte und der drohenden Haltung der Pforte Serbien den bekannten einzigen Friedensartikel vorgeschlagen hat, und erachtet die Vertreter der Mächte, diesen Vorschlag bei ihren Regierungen zu unterstützen.

## Politische Übersicht.

Danzig, 26. Februar.

Einen charakteristischen Vorschlag machen die offiziösen "Pol. Nachr." Das würdige Organ beginnt heute mit einem Artikel zur Colonialpolitik, der von den gewohnten Schmähungen gegen dieseljenigen strotzt, welche die Sünde begangen haben, die Colonialherrschaft zu bekämpfen und dem Reichstag nur ein wenig Recht bei der Ordnung der Rechtsverhältnisse in den Colonien wahren zu wollen. Kurz und gut — der Reichstag ist das wahre Hemmnis aller colonialen Entwicklung Deutschlands" sagen die "Pol. Nachr.", man muß deshalb diese Entwicklung "der Obhut eines der Bundesstaaten anvertrauen". Es heißt dann wörtlich:

Es ist nur natürlich, daß man hierbei zunächst an Preußen denkt, etwa dergestalt, daß der König von Preußen als Colonialherr für den deutschen Kaiser eintrate, eine Combination, welche aus doppeltem Grunde empfehlenswert erscheint. Einmal deswegen, weil der preußische Landtag, wie die meisten particularen Vertretungskörperschaften, von einem ungleich energischeren und lebhafiteren Nationalbewußtsein getragen wird, als der deutsche Reichstag, daher denn auch die nationalen Interessen in ihm einen viel verständnisvolleren und opferwilligeren Fürsprecher besitzen würden, als sie am Reichstag bestehen. Zweitens aber scheinen uns die Rechte, welche dem Könige von Preußen als solchem aufstehen, gerade für Zwecke der Colonisation erheblich umfangreicher zu sein, als die, welche der deutsche Kaiser geltend machen kann, und daher dünn uns der preußische Monarch die geeigneteren Instanzen, um den Fortgang des Colonialwerkes in die Hand zu nehmen.

Man sieht, es ist wenigstens Methode darin. Mit dem Brantwein will man auch, nachdem der Reichstag das Monopol verworfen, an den Landtag gehen, so nun auch hier. Die "verständnisvolle und opferwillige" Majorität im Abgeordnetenhaus geht schon mit!

Weiter heißt es in dem erstaunlichen Artikel:

Sollten aber in dem einen oder anderen Bundesstaat Bedenken gegen die Uebertragung der colonialpolitischen Kompetenz auf Preußen allein sich regen, nun, so würde immer noch eine Combination verbleiben, wie wir sie aus den Tagen des alten deutschen Bundes kennen, nämlich der Abschluß einer freien Vereinbarung der einzelnen Bundesstaaten bezüglich gemeinsamen Vorgehens in colonialpolitischen Fragen.

So zu lesen in einem offiziösen Regierungsorgan. Wäre es nicht ein solches, man wäre ver sucht zu lachen! Der Kommentar ergiebt sich von selbst. Waren wir es gewohnt, mit gleichen Waffen wie unsere Gegner zu kämpfen, die alle Augenblick mit Vorwürfen der Reichsfeindlichkeit um sich werfen, so wäre wohl hier eine Umkehrung des Spießes gerechtfertigt. Oder ist es reichsfreudlich, dem Reich die Kompetenz über die Colonialpolitik entziehen und Zustände nach Art des "alten deutschen Bundesstaates" herbeiführen zu wollen?

## Der Reichstag

hat gestern die Vorlage betreffend den Bau des Nordostseecanals in dritter Lesung endgültig angenommen. Während die Annahme der Vorlage in zweiter Lesung einstimmig erfolgte, stimmten gestern eine Anzahl von Mitgliedern der freisinnigen Partei, u. A. die Abg. Dr. Barth, Dr. Müller, Dr. Meyer (Halle), Major Hinge, Schmieder, dagegen. Diese Umstimmung ist indes wohl nur auf Rechnung des Umstandes zu sehen, daß der Kriegsminister sich nicht veranlaßt gesehen hat, auf die Frage, ob der Canal eine Notwendigkeit im Interesse der Landesverteidigung sei, eine unzweideutige Antwort zu geben, und daß die Abgeordneten von der Annahme ausgegangen, Feldmarschall Graf Moltke halte an seiner früheren Ansicht fest, wonach der Canal weder im Landesverteidigungsinteresse noch sonst notwendig sei. Ob die Annahme richtig ist, mag dahingestellt bleiben. Der Feldmarschall selbst hat sich nicht geäußert. Der Kriegsminister räumte aber ein, daß Graf Moltke, wenn er dagegen wäre, im Reichstage nicht der Autorität des Kaisers gegenüber gegen die Vorlage sprechen würde.

Die fortdauernde Beschlussschwäche des Reichstags hat übrigens endlich den Widerspruch gegen eine, wenn auch kurze Beratung des Plenums zurückgedrängt. Von wichtigeren Vorlagen ist keine zur Zeit zur Beratung fertig gestellt. Nach Erledigung des Viehseuchengesetzes und der Garantie für die ägyptischen Anleute soll der Reichstag einige Tage Pause machen. Wie schon erwähnt, besteht die Absicht, gegen Mitte nächster Woche in die Beratung der Brantweinmonopol-Vorlage einzutreten, welche natürlich allein mehrere Tage in Anspruch nehmen wird.

Die wichtigsten der Polenvorlagen, betreffs der Colonisation und der Schule, haben nun die erste Lesung passirt und sind an Commissionen gegangen. Namentlich die Colonisationsvorlage wird viel Kobsäuberungen für die gouvernementale Wehrheit machen, die sich von vornherein zur Annahme dieses Projektes verpflichtet hatte und nun zugestehen muß, daß es so nicht gehen will. Die Vorlage war die reinste Improvisation; der Konsortium liegt es ob, ihr eine lebensfähige Gestalt zu geben. Wir sind gespannt, welches Gericht schließlich aus der Commissionskunde hervorgehen wird.

Bei den dreitägigen Debatten ist übrigens die Frage ganz unerörtert geblieben, nämlich die, wie man sich das Verbleiben derjenigen Be-

völkerung zu denken hat, welche von den neuen Ansiedlern verdrängt werden soll. Die "Welt-Ztg." schreibt hierzu:

Auf den Bauern, die man erwerben und mit deutschem Bauern und Häuslingen besetzen will, leben doch gegenwärtig polnische Tagelöhner, und deren Zahl wird nicht viel geringer sein, als die der Colonisten, die an ihre Stelle treten sollen. Was wird nun aus diesen verdrängten? Man wird zugeben, daß diese Frage wohl der Beantwortung wert gewesen wäre. Es handelt sich ja nicht um Besiedlung von Einöden, wie zur Zeit Friedrichs des Großen, sondern um Niederlassungen auf cultivirtem und bewohntem Terrain. Charakteristisch ist es, daß die polnischen und ultramontanen Redner an diese kleinen Leute gar nicht gedacht zu haben scheinen. Sie haben gegen die Herausgabe der Gütscherrn geisiert, denen man das Erbe der Väter nehmen, d. h. für baares Geld abkaufen wolle; den schönen Sonn, welchen das Schieffel der Heloten ihnen bot, haben sie überleben. Freilich ist der polnische Adel in politischer Beziehung weit wichtiger als die ganze übrige Mensch. Aber eben deshalb scheint es hart, daß der Adel das Geld bekommt, der Tagelöhner seinem Schicksal überlassen wird.

Auch die "Köln. Ztg." räumt jetzt ein, daß die "Polenvorlagen" in einem gewissen Sturm und Drang ausgearbeitet sind und daß deshalb in der Commission eine sachliche Prüfung nötig sein werde. Sie ernahmt deshalb die Regierung, sich von vorn herein mit den "grundfältlichen Freunden" der Vorlage zu verständigen, um der voraussichtlichen Verzelzungstatkraft der "polnischen Gegner sowie ihrer ultramontanen und deutschfreisinnigen Verbündeten" entgegenzuwirken. Die "Köln. Ztg." stellt sich voll und ganz auf den Standpunkt der Kostgänger des Kulturstifts, indem sie die Deutschfreisinnigen als Verbündete der Polen denunziiert. Uebrigens können die Freisinnigen sich trösten. Die "Köln. Ztg." geht mit ihnen nicht besser um, wie mit der Verfassung. Art 24 der Verfassung bestimmt: "Der Staat stellt unter gesetzlich geordneter Beteiligung der Gemeinden aus der Zahl der Bevölkerung die Lehrer an öffentlichen Volkschulen an." Man sieht daraus, sagt die "Köln. Ztg.", daß demnach die Regelung dem Wege einfacher Gesetzgebung vorbehalten ist und ein bestimmtes Maß der Beteiligung (der Gemeinden) in der Verfassung selbst nicht vorgeschrieben wird. Folglich widerspricht es nicht der Verfassung, wenn gesetzlich den Gemeinden jede Beteiligung an der Anstellung der Lehrer entzogen wird! Das ist — offiziöse Logik.

## Der Staatsrat.

Die Beratung der Abtheilungen des preußischen Staatsraths für Inneres und für Landwirthschaft wird, wie uns unser Berliner Correspondent beschreibt, in der nächsten Woche erfolgen, und zwar zu dem Zwecke, Beschlüsse hinsichtlich der Immunität Commission zu fassen, welche zur Ausführung der Ansiedlung deutscher Bauern und Grundbesitzer in den östlichen Provinzen eingefordert werden soll. Die Absicht geht dahin, die Commission so einzurichten, daß ihr ein mit weiten Vollmachten versehener verantwortlicher Vorstehender gegeben wird, welchem die Mitglieder gewissermaßen als berathende Elemente zur Seite stehen. Die Commission würde direct unter dem gesammelten Staatsministerium stehen und nicht etwa unter den einzelnen Reformministern. Dies ist in weitestem Umrisse der Plan, über dessen Ausführung und Einzelheiten der Staatsrat zu befinden haben soll. Es scheint nicht, daß die Beschlüsse der beiden zu berufenden Abtheilungen dem Plenum des Staatsraths noch zur Begutachtung und Beschlussnahme unterbreitet werden.

## Die Kirchenpolitische Vorlage im Herrenhause.

Die gestern telegraphisch gemeldete Zusammensetzung der Commission des Herrenhauses für die Beratung der kirchenpolitischen Vorlage läßt wohl kaum einen Zweifel daran übrig, daß der Gesetzentwurf wesentlich die Zustimmung der Majorität der Commission und auch des Herrenhauses finden wird. Die extremclericalen Elemente sind nur in geringer Zahl vertreten. Graf v. Hompesch, der als Vorführer der Clericalen in die Commission kommen sollte, ist nicht gewählt. Die gestern erwähnten Neihungen in der Fraktion Stahl sind, wie unser Correspondent erfährt, durch die Frage der Zusammensetzung der Commission veranlaßt worden. Vorläufig hat die gouvernementeile Richtung den Sieg davon getragen. Auf die Haltung, welche Bischof Kopp in der Commission enehmen wird, muß man um so mehr gespannt sein, als schon jetzt verlautet, daß von Seiten der dem Centrum nahestehenden Mitglieder der Commission Anträge auf "Verbesserung" der Vorlage gestellt werden.

## Eine "föderalistische Parteitag".

Um wieder neues Leben in ihre schlummernde Agitation zu bringen, machen die Welfen in ihrem Organ, der "Deutschen Volkszeitung", allen Ernstes den Vorschlag, einen föderalistischen Parteitag für ganz Deutschland auszurichten, und "die vielfach in deutschen Landen zerstreuten föderalistischen Gemeinschaften zu sammeln". Die Wissenschaft, welche die welsischen Kreise über die Lösung der braunschweigischen Frage empfinden, soll nach dem Wunsche des genannten Blattes durch eine Kundgebung verdekt werden. "Die braunschweigische Frage einerseits und die erneuten Versuche zur Bildung einer der Regierung gefügigen großen Mittelpartei gerade aus den Gegnern eines wahren Föderalismus andererseits fordern eine Sammlung aller Freunde und Unhänger derselben mit Notwendigkeit heraus." — Das Welsenzorgan irr sich übrigens, wenn es glaubt, daß die Gegner eines wahren, echten Föderalismus nur bei der Mittelpartei zu suchen sind.

## Die Orientkrise.

Die Verhandlungen zwischen Serbien und Bulgarien sind dem Abschluß nahe. Der "Polit. Corresp." wird aus Belgrad gemeldet, daß der dortige Vertreter der Pforte dem Minister Garashanin für den Friedensvertrag einen Artikel vorgeschlagen hat, der mit dem von Garashanin be-

antragten fast identisch ist; gleichzeitig machte der türkische Vertreter in Budapest Madjid Pascha denselben Vorschlag bei Mijatovic. Nach einer Petersburger Meldung betrachtet der Minister v. Giers den serbischen Vorschlag als dem Friedensschluß günstig.

Griechenland andererseits scheint sich fügen zu wollen, das heißt die Regierung; aber das Volk will nicht. Einer Londoner Meldung zufolge hat die Pforte davon Kenntnis erhalten, daß in einem am 21. d. in Athen abgehaltenen Ministrerrath die griechische Regierung beschloß, den dringenden Mahnungen der Mächte nachzugeben und alle ferneren Kriegsprojekte aufzugeben. Sie hat es aber noch nicht gewagt, ihre Absicht bekannt zu geben, da schon das bloße Gerücht, daß sie ihre Politik geändert habe, große Unzufriedenheit im Volke hervorrief. Die Lage in Athen wird für sehr kritisch gehalten.

Was das Verhalten Russlands zum türkisch-bulgargischen Uebereinkommen bezüglich Ostromeliens anlangt, so hat der russische Botschafter Nolidoff, wie schon gemeldet, am Sonntag Befehl erhalten, der Pforte amtlich eine neue Reihe russischer Einwände vorzulegen; diese hat sich indeß geweigert, dieselben anzunehmen, da sie nach Beurteilung des ersten russischen Einwandes das Kapitel der Einwände für geschlossen halten müsse. Nolidoff zog sich zurück, ohne eine schriftliche Mitteilung zurückzulassen, die anderen Mächte übernehmen jetzt die Vermittlung.

## Der Stand der Dinge in Ägypten.

General Greenfell befindet sich in Cairo mit der Absicht, um die Erlaubnis zur Verstärkung der zur Flußverteidigung nothwendigen Streitkräfte zu erlangen, da der Sommer sich nähert und Erkrankungen unter den Truppen häufiger werden. Greenfell empfiehlt ein Vorruhen der Ägypter auf Dongola, was nach seiner Ansicht ohne Widerstand bewältigt werden könnte. Er glaubt, daß, wenn einmal Ägypten besetzt wäre, die dortigen Stämme sich den Ägyptern anschließen würden. Am 23. Februar stand über diese Frage zwischen Sir H. D. Wolff, Generalleutnant Sir F. Stephenson, Sir E. Baring und Generalmajor Greenfell eine Conferenz statt. Die verlaubten Ansichten für und gegen die letztere Maßregel wurden zu Papier gebracht und an die Behörden in London gesandt. Die Militärbehörden in Cairo sowie die Eingeborenen begrüßten die Maßregel. Man wird nun abwarten müssen, was Gladstone dazu sagt.

Wie es im eigentlichen Sudan aussieht, darüber herrscht fortwährend nahezu vollständiges Dunkel. Der Emir von Kordofan soll sich darauf vorbereiten, die Führungsherrschaft der religiösen Bewegung im Sudan dem gegenwärtigen Nachfolger des Waddi mit Waffengewalt freiheitlich zu machen. Unter den Kordofan-Stämmen soll indes große Uneinigkeit herrschen, und mehrere Scheichs sollen sich geradezu geweigert haben, gegen das jetzige Haupt der Bewegung zu marschieren. Im ganzen Sudan sollen im Allgemeinen mörderische Streitkeiten herrschen. Lauter "soll's"!

## Abgeordnetenhaus.

28. Sitzung vom 25. Februar.

Die Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Anstellung des Volkschullehrer in den Provinzen Westpreußen und Posen und im Regierungsbezirk Oppeln, wird fortgelegt.

Abg. Windhorst: Die Schlusscene der gestrigen Debatte mit Hrn v. Gerlach scheint mir darauf hinzudeuten, daß wir beschlossene Dingen gegenüberstehen. Nach den Ausführungen der Collegen Greif und Graf Schwerin ist mir klar geworden, daß die Schulgezegung nun mehr bei uns in Fluss kommt, und zwar sollen die ganzen Verfassungsbestimmungen über das Schulwesen über den Haufen geworfen werden. (Sehr gut! links und im Centrum; Oho! rechts!) Kirche, Gemeinde, Familie sollen ausgeschlossen werden, weil sie die Einführung des Heidentums hindern. (Sehr gut! im Centrum; Heiterkeit.) Wir steuern mit Macht nach Gladstone dazu.

Wie es im eigentlich Sudan aussieht, darüber herrscht fortwährend nahezu vollständiges Dunkel. Der Emir von Kordofan soll sich darauf vorbereiten, die Führungsherrschaft der religiösen Bewegung im Sudan dem gegenwärtigen Nachfolger des Waddi mit Waffengewalt freiheitlich zu machen. Unter den Kordofan-Stämmen soll indes große Uneinigkeit herrschen, und mehrere Scheichs sollen sich geradezu geweigert haben, gegen das jetzige Haupt der Bewegung zu marschieren. Im ganzen Sudan sollen im Allgemeinen mörderische Streitkeiten herrschen. Lauter "soll's"!

## 28. Sitzung vom 25. Februar.

Die Beratung des Gesetzentwurfs, betr. die Anstellung des Volkschullehrer in den Provinzen Westpreußen und Posen und im Regierungsbezirk Oppeln, wird fortgelegt.

Abg. Windhorst: Die Schlussene der gestrigen Debatte mit Hrn v. Gerlach scheint mir darauf hinzudeuten, daß wir beschlossene Dingen gegenüberstehen. Nach den Ausführungen der Collegen Greif und Graf Schwerin ist mir klar geworden, daß die Schulgezegung nun mehr bei uns in Fluss kommt, und zwar sollen die ganzen Verfassungsbestimmungen über das Schulwesen über den Haufen geworfen werden. (Sehr gut! links und im Centrum; Oho! rechts!) Kirche, Gemeinde, Familie sollen ausgeschlossen werden, weil sie die Einführung des Heidentums hindern. (Sehr gut! im Centrum; Heiterkeit.) Hier nun haben wir eine weitere Verstaatlichung: Der Staat soll allein die Lehrer anstellen und verleben dürfen. Heute mag das Alles noch in guter Absicht gedacht sein und geschehen können, denn ich halte unteren Cultusminister für einen christlichen Mann, aber wo ist eine Garantie für die Zukunft? (Sehr gut! im Centrum.) Nach Art 112 der Verfassung darf nichts in der Schulgezegung geändert werden bis zum Erlös eines Unterrichtsgesetzes. Wir haben aber alle Ursache, es mit der Verfassung recht ernst zu nehmen, weil jetzt hin und wieder Wetterleuchten sich zeigt (Heiterkeit), das darauf hindeutet, daß die Verfassung sehr leicht in Gefahr geathen kann. Zu den wichtigsten Garantien gehören aber die Artikel 20 bis 26 der Verfassung. Der Staat sollte in seiner Macht durch das Recht der Kirche, der Eltern, Gemeinde, der freien Lehre wesentlich temperiert werden. Diese Garantie soll jetzt wegfallen und der Staat soll die Sache souverän allein machen. Das verstößt doch klär gegen den Wortlaut der Verfassung, namentlich in Art. 24, dem zu folge die Anstellung der Lehrer unter Mitwirkung der Gemeinden statthaft ist. Ein solches Vorgehen ist schlimmer, als durch irgend welches Culturkampfgesetz, es wird ein Marktstein für neue Kampfseien. Deshalb müssen wir hier auf das entschieden einstimmen. Sehen Sie doch das Impfgesetz an! Ich wundere mich nur, daß man nicht auch den Gebrauch ausschließlich deutscher Sprache und vielleicht auch ausschließlich deutscher Namen anordnet! (Große Heiterkeit.) Wenn gegen die Verfassung Gesetze erlassen werden sollen, dann müßte man doch wenigstens zuerst die Verfassung in den betreffenden Punkten ändern. Das haben Sie, auf den Rechten, sich besonders zu merken, denn auch für Sie kann die Zeit kommen, daß die Verfassung den alleinigen Staat und Schutz für das monarchische Prinzip zu gewahren im Stande sein dürfte. Also erst Verfassungsänderung, dann erst ein Gesetz, sonst haben wir einen Verfassungskrieg. (Sehr wahr! im Centrum.) Auch ich klagte mit dem Minister aufs höchste, daß es Eltern giebt, welche die deutsche Sprache bei ihren Kindern vernachlässigen. Aber ist denn damit unverträglich, daß andere unter uns lebenden Nationen gestatten, ihre Muttersprache auch zu pflegen und lieb zu haben? Das Klimme ist: durch das neue Gesetz sollen die Lehrer vollständig in die Servilität der Regierung kommen, die Lehrer müssen gehorchen, wie Schulrat und Regierung befehlen. Überall soll verstaatlicht

werden. Abgesehen von der expansiven Kraft des Gesetzes auf alle Landesteile, richtet sich die Gewalt desselben hauptsächlich gegen die katholischen Schulen in den Ostprovinzen. So wird man denn das Anstellungsrecht den protestantischen Gutsherrn lassen, den katholischen nicht; und ebenso wird es den Städten gegenüber gehabt werden, je nachdem sie vorwiegend protestantisch oder katholisch sind. Warum sagt man das nicht deutlich? Das Gesetz ist nur ein Anfang in den Ostprovinzen, die Ausdehnung für die ganze Monarchie steht dahinter. (Sehr gut! im Centrum.) Darum rufe ich: Videant consules, ne detrimentum res publica capiat! (Lebhafter Beifall im Centrum und links.)

Abg. v. Förster (freicorr.): Das vorliegende Gesetz hat nach meiner Ansicht nur einen provisorischen Charakter und soll nicht auf die ganze Monarchie ausgedehnt werden. Es ist unrichtig, daß die Regierung die katholischen Schulverbündnisse weniger berücksichtigt habe, als die evangelischen. Das Gegenteil ist richtig. (Beifall rechts.) Abg. v. Förster (freicorr.): Das vorliegende Gesetz spricht nur meiner Ansicht nach einen provisorischen Charakter und soll nicht auf die ganze Monarchie ausgedehnt werden. Es ist unrichtig, daß die Regierung die katholischen Schulverbündnisse weniger berücksichtigt habe, als die evangelischen. Das Gegenteil ist richtig. (Beifall rechts.)

Abg. v. Körber (freicorr.): Der Cultusminister sprach von seiner friedliebenden Gesinnung. Nun, ich werde seine Rede ins Polnische übersetzen drucken und verbreiten lassen, dann wollen wir sehen, ob sie die Herzen der Polen erobern wird. Die Misserfolge der Germanisierung liegen lediglich an der Methode. Jetzt lernen die polnischen Kinder nicht polnisch und nicht deutsch, und da wundert man sich über die große Zahl der Analphabeten. (Redner bleibt darauf in seiner Rede stehen, da er das Manuskript bezw. seine Notizen nicht bei sich hat. Nachdem er eine Zeit lang danach vergeblich gesucht, verläßt er die Tribune.)

Abg. Wessel (freicorr.): Ich bestreite aus meiner näheren Erfahrung entschieden, daß in Westpreußen die katholischen Schulen zu kurz kommen. Diese ganze Gesetzesgebung findet ihre Begründung für meine Heimat in dem Treiben der polnischen Presse und der Vereine. Es

Schädigen lassen. Aus diesen Gründen würde ich denn auch gegen die Vorlage stimmen. (Beifall links und im Centrum.)

Minister v. Gossler: Diese Vorlage ist doch harmloser als der Vorredner glaubt. Ostpreußen hat mit der Polenfrage gar nichts zu thun. Die Zahlen über Männer habe ich selbst veröffentlicht lassen, um die bedauerlichen Freithümer einer großen Zeitung aufzuläutern. Auch von einer Polonisierung der Litauer ist niemals die Rede gewesen. Was ich gestern befragt habe, ist, daß von der nationalpolnischen Agitation eine Unruhe in die Litauer hineingetragen worden ist, nicht etwa, um sie zu Polen zu machen, sondern um sie unzufrieden zu machen. Ostpreußen aus diesem Gesetze auszulassen, lag keine Veranlassung vor. Der § 4 der Verordnung reicht nicht aus, nicht allein wegen der Niedrigkeit der Strafe, sondern auch wegen des außerordentlichen Apparats. Wir wollen uns aber darüber nicht täuschen, daß wir niemals dazu kommen werden, dass Schublafsumm zu bestrafen; Entschuldigungen müssen doch berücksichtigt werden. Die Herren irren, wenn Sie meinen, wir stehen in dieser Frage auf einem einseitigen Polizeistandpunkt; wenn Eis, so ist uns die Volkschule ans Herz gewachsen, denn dieselben, welche ihre Kinder dorthin führen, sind die ärmlsten und elendesten in materieller und geistiger Beziehung. (Beifall rechts.) Ich frage Sie: ist es denn möglich, mit einem Schulreglement zu operieren, welches zugibt, das Eltern nur dann zu bestrafen sind, wenn die Kinder hineinander fünf Tage in einer Woche die Schule versäumen? Läßigen und gar böswilligen Eltern gegenüber enthält diese Befreiung gar keine Gewalt. Ich kann Sie nur bitten, die Frage mit derselben Objectivität zu prüfen, mit der ich an dieselbe herangetreten bin. (Beifall rechts.)

Abg. Gerlich (freiherr): Wäre der Gesetzentwurf zu einer anderen Zeit als gerade mit den Polenverlagen an das Haus gekommen, so glaube ich, hätte er keine Gegner gefunden. Was gab denn Hrn. Dirichlet Veranlassung, auf die Polenfrage zu kommen? Es steht doch kein Wort von Polen darin.

Persönlich bemerkte Abg. Dirichlet dem Hrn. Gerlich, er müsse die Motive nicht gelesen haben, denn dort werde ausdrücklich hervorgehoben, daß diese Vorschriften gerade mit Rücksicht auf die polnisch sprechende Bevölkerung nothwendig seien.

Abg. Gerlich (freiherr): Ich frage zu, daß Abg. Dirichlet die Vorlage besser studirt habe als er.

Die Vorlage wird derselben Commission überwiesen, wie die vorhergehende Vorlage.

Es folgt die erste Beratung des G.-C., betr. die Anstellung der Impfarzte in der Provinz Posen.

Abg. Schorlemmer (Centr): Dieses Gesetz hat ein allgemeines Schütteln des Kreises erzeugt. (Petterer.) Ich will es nicht lächerlich machen. (Heiterkeit) Deutsche Ärzte sollen unter dem Leidetitel der Remunerierung für Impfarzte nach Posen geschickt werden, um die polnischen Ärzte falt zu stellen. Dieser Zweck ist nicht zu erreichen. Denn die polnischen Ärzte sind nur verpflichtet, ihre Kinder bei approbierten Ärzten impfen zu lassen. Die Remunerierung ist doch auch eine sehr magere Leimrute. Wenn die deutschen Ärzte nicht sonst eine Praxis gewinnen, vom Impfen allein werden sie nicht leben können. Was wird die Folge sein: eine Achtserklärung der deutschen Ärzte und noch mehr Hoffnungs- und Erbitterung als bisher. Sind denn etwa die polnischen Ärzte nicht fähige Impfarzte? Wie soll der Arzt beim Impfen irgend polnischen Interessen dienen? Besser wäre eine allgemeine Bestimmung, daß überall gute Lymphe benutzt wird, das geschieht keineswegs immer und vermehrt mit Recht die Zahl der Impfgegner. Sage man doch aufrichtig: wir wollen die polnischen Ärzte vertreiben. Diese Unaufrichtigkeit muß ich beklagen. Die Vorlage schadet das Ansehen der Regierung. (Beifall im Centrum.)

Minister v. Gossler: Die Vorlage hat eine rein sachliche Basis. Seit dem Erlass des Impfgesetzes von 1874/75 für Preußen ist die Meinung hervorgetreten, daß der Vertrag auf die Anstellung der Impfarzte seitens der Verwaltungsbürohöfen falsch war. Alle anderen deutschen Staaten sind davon ausgegangen, daß beamtete Ärzte die Träger des Impfweises sein müssen. In Preußen besteht leider eine richtige Kontrolle der von den Privatärzten benutzten Lymphe nicht. Die Reichs-Impfcommission ist dieser Ansicht beigetreten und ich bin bemüht, soweit es in meinen Kräften steht, für gute animale Lymphe zu sorgen. Aber selbst wenn gegen die Technik der Impfarzte nichts zu sagen war, so ist doch wiederholst eine große Gefahr für die Gesundheit der Impfinge infolfern eingetreten, als die Ärzte nicht ausreichend mit den sanitären Verhältnissen der Krise vertraut waren; die amtlichen Ärzte müssen durch die Landräthe oder die Ortspolizeibehörden genau wissen, ob im Kreise etwa ansteckende Krankheiten wie Diphtherie, Masern die Impfung auszuschließen. Eine Änderung des Impfgesetzes nach dieser Richtung ist dringend geboten. Das vorliegende Gesetz hat infolfern auch eine politische Bedeutung, als seit etwa 3 Jahren polnische Einflüsse in den Kreistagen sich dahin gelöst gemacht haben, daß Impfärzte Aerzen von zweifelschwerer national-polnischer Tendenz zu übertragen. Das gilt von den Kreisen Kosten und Schrimm insbesondere. Es sind 17 deutsche und 20 polnische Ärzte in den letzten Jahren angestellt worden. Gewiß, es kann jeder seine Kinder impfen lassen, wo er will. Aber die Personenfrage ist doch nicht gleichgültig. Die Masse des Volkes hat dort noch einen großen Respect vor denjenigen Personen, welche mit amtlichen Funktionen bekleidet sind. Seit etwa 30 Jahren ist das Bestreben dahin gegangen, den nationalpolnischen Mittelpunkt, Ärzte und Medizinalbeamte, in kleinen Städten zum Mittelpunkt der Agitation zu machen. Fast in allen kleinen Städten bilden die Ärzte oder Medizinalbeamte die Centren der polnischen Agitation. (Bewegung im Centrum und bei den Polen) Eine vernünftige Regierung muß den einzelnen Maßregeln dieser Agitation nachgehen, sie muß versuchen, diese Persönlichkeiten des amtlichen Nimbus zu entkleiden und daher auch den Mut haben, solche Vorlagen Kraft ihrer Erkenntnis vor dem Lande zu vertheidigen. (Beifall rechts.)

Hierauf verlädt das Haus die Fortsetzung der Beratung auf: Freitag.

#### Deutschland.

\* Berlin, 25. Februar. Heute empfing der Kaiser zunächst den Besuch des Prinzen Wilhelm und nahm sodann die Meldungen höherer Militärs entgegen. Später arbeitete der Monarch längere Zeit mit dem Kriegsminister und dem Chef des Militärcabinets.

Berlin, 25. Februar. Die Budgetcommission des Abgeordnetenhauses hat gestern die bisher zugesetzten Titel des Etats des Handelsministeriums beraten und unverändert angenommen. Eine längere Debatte entstand bei dem Titel „Zuschüsse zu gewerblichen Fachschulen“, bei dem die Zustände der Baugewerbeschulen zu Jüterbogen und Dr. Krone einer sehr eingehenden Befragung unterzogen wurden. Gegen die Forderung von 80 000 Mk. zur Übernahme des Kostenwesens der Stadt Stralsund auf den Staat wurden mehrfache Einwendungen erhoben, die der anwesende Regierungskommissar durch den Hinweis zu beseitigen suchte, daß das kommunale Kostenwesen nicht mehr aufrecht zu erhalten sei.

Die Frage einer weiteren Herabsetzung des Zinsfußes der eben convertierten Obligationen der verstaatlichten Bahnen ist im Herrnhause leider in Abwesenheit des Finanzministers v. Scholz discutirt worden. Auffallender Weise hat an Stelle derselben der Präsident der Reichsbank, Herr v. Dechend, die Mirbach'schen Vorschläge in einer Weise zurückgewiesen, welche nicht gerade als Rechtfertigung der eben im Gange befindlichen Herabsetzung des Zinsfußes von 4% auf 3 Proc. anzusehen ist. Herr v. Dechend erklärte, daß gerade diese Operation den Beweis lieferne, wie die Herabsetzung des Zinsfußes des deutschen Kapitals zur Anlage in ausländischen Werken dränge und daß deshalb von einer weiteren Herabsetzung des Geldmarktes abzusehen sei. In dieser Ausführung liegt wenigstens ein indirekter

Vorwurf gegen das Verfahren des Finanzministers v. Scholz.

\* Berlin, 25. Februar. Die Prinzessin Friederike Karl ist am 22. d. Ms. nach längerem Aufenthalt in Rom, mit ihrem Gefolge von dort weiter nach Neapel gereist. In den letzten Tagen erhielt die Frau Prinzessin in ihrem Hotel zu Rom den Besuch des Königs von Italien. — In der letzten Woche unternahm die Prinzessin mit ihrem Gefolge einen Ausflug nach Corneto-Tarquinia und besuchte dort das Etruskische Museum. Zu Ehren ihrer Anwesenheit wurden in den Ausgrabungen der Metropolis drei etruskische Gräber geöffnet, die man am Tage vorher aufgefunden hatte. In dem einen befanden sich eine Schale mit zwölf Spangen verschiedener Größe, zwei Ringe von demselben Metall, zwei Vasen von Erz und vier kleine Schalen von Terracotta, phönizischen Stiles und der etruskischen Periode angehörend. Die italienischen Blätter rühmen die Sachkenntnis und die Lebenswürdigkeit, welche die Prinzessin bei dieser Gelegenheit fund gegeben hat, und sind über ihre Fertigkeit im Italienischen voll Anerkennung.

\* [Fußball] Der vom Erbprinzen und der Erbprinzessin von Sachsen-Meiningen im Stadtschloss zu Charlottenburg für den nächsten Sonnabend in Aussicht genommene Ball verspricht außerst glänzend zu werden. Es sollen u. A. zwei kostümirte Quadrille getanzt werden, an denen auch die Prinzessin Victoria beteiligen wird.

Wie es heißt, soll auch der Kaiser sein Erscheinen auf diesem Bal ganz bestimmt zugesagt haben, obgleich ernstliche Bedenken den Aerzten Veranlassung gegeben haben, dem hohen Herrn von seinem Vorhaben abzuraten. Der große Saal des Charlottenburger Schlosses, in dem getanzt werden soll, ist nämlich äußerst schwer zu erwärmen, so daß man befürchtet, der Kaiser könnte sich dort leicht eine Erkältung zuziehen.

\* [Der Bundesrat] hat heute einen Nachtragssatzet befohlen, der dem Reichstage sofort zugehen soll. Es handelt sich um die Errichtung eines neuen Senats beim Reichsgericht und um den Neubau für das Patentamt.

\* [Wahlprüfungen] Die Wahlprüfungs-Commission des Abgeordnetenhauses hat beschlossen, die Wahlen der Abg. Stöcker und Meyer-Gelnhausen (Bielefeld-Herford) zu beanstanden und Erhebungen über die in den Wahlprotesten behaupteten Unregelmäßigkeiten zu verlangen. Die Wahl des Abg. Schnatzmeyer wurde für gültig erklärt. Herrn Stöckers Wahl ist bekanntlich nur mit der winzigen Majorität von zwei Stimmen erfolgt. Es ist also leicht möglich, daß des Herrn Hofpredigers Mandat kassiert wird.

\* Dem Vernehmen nach hat der zum Archidiakonus an der Marienkirche in Berlin gewählte Professor Scholz, vom Joachimsthalschen Gymnasium, einen Ruf als Generalsuperintendent nach Gotha erhalten, denselben jedoch abgelehnt.

\* In dem Befinden des Erbgroßherzogs von Baden, der an einem Katarrhfeuer erkrankt war, ist eine Besserung eingetreten.

\* [Rohreisenproduktion] Nach den statistischen Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller besteht sich die Rohreisenproduktion des deutschen Reichs (einschließlich Luxemburgs) im Monat Januar 1886 auf 294 069 Tonnen, darunter 149 01 Tonnen Puddelrohreisen, 11 780 Tonnen Spiegelreisen, 29 375 Tonnen Bessemerrohreisen, 63 287 Tonnen Thomasreisen und 30 610 Tonnen Gleisreisenreisen. Die Produktion im Januar 1885 betrug 319 801 Tonnen.

\* [Das Protectorat über die Marshallinseln] Anlaßlich der gemeldeten Protectorats-Erläuterung Deutschlands über die Marshall-, Brown- und Providence-Inselgruppen bemerkte der Standard, daß keine Ursache dazu vorhanden sei, die Thatlache zu bedauern. Auch sei kaum zu erwarten, daß Spanien oder irgend eine andere Macht auf Grund von Entdeckungen oder Ansiedelungen ein früheres Recht auf die Inseln geltend machen werde. Das Blatt sagt weiter: „Wie wir voraussehen, werden sich die Deutschen keine Handelsprivilegien anmaßen mit Hintanstellung derjenigen, welcher sich jede andere Nation erfreut. Jeder derartige Versuch würde den einzigen Einwand involvieren, der gegen das Protectorat erhoben werden könnte. Alles zusammen erwogen, dürfte es vielleicht besser gewesen sein, wenn man die Marshall-Inseln gelassen hätte, wie sie waren. Da aber „Annexion“ — oder jene dünnverschleierte Form, die als „Protectorat“ bekannt ist — unvermeidlich war, so ist es besser, daß die Inseln unter die Herrschaft einer freundlichen Macht, wie Deutschland, gelangen, als unter irgend einer Nation, mit der umzugehen es weniger angenehm sein dürfte.“

\* [Vorschläge für Kamerun] Die Einrichtung einer 3—400 Mann starken Colonialtruppe, welche aus Haussa-Negern zu bilden sei, schlug Herr Dr. Max Buchner bei Gelegenheit eines Vortrags im „Deutschen Colonialverein“ vor. Außerdem verlangte Herr Buchner, daß Reichs- und Königs Bell und Aqua das Grundbeispiel abkaufen, denn es sei noch sehr zweifelhaft, ob der Verkauf von Land zur Betreibung von Factoreien für Kamerun einen wirklichen Grundbesitz in unserem Sinne etwa constate“.

Magdeburg, 25. Februar. Im Magdeburger Zweigverein des deutschen Colonialvereins hielt Herr Dr. Carl Peters einen Vortrag über Ostasien. Die colonialfreudliche „Magde. Ztg.“ bemerkte dazu u. a., der Vortrag habe einen lebhafteren Eindruck von der Größe der ostasiatischen Aufgabe gemacht, als er von der Wahrscheinlichkeit ihrer vollen Lösung in absehbarer Zeit überzeugt habe.

Arolsen, 24. Febr. Am förmlichen Hofe zu Arolsen erwartet man in der Kürze verschiedene Arolsen-Besuch. Es haben sich angemeldet der König und die Königin der Niederlande, die Königin von Schweden (Schwester der Fürstin) und Prinz Wilhelm von Württemberg nebst seiner Braut, der Prinzessin Charlotte von Schaumburg-Lippe.

Wien, 25. Februar. Frhr. v. Teschenberg, außerordentlicher Gesandter, derzeit im Ministerium des Auswärtigen, ist geforson.

Baron Telkenberg war einer der hervorragendsten Beamten im Ministerium des Außenfern und seit vielen Jahren dem Präsidialbureau direkt zugehörig. Er war die bedeutendste publicistische Kraft des Auswärtigen Amtes. Unter Andrashy hatte er speziell das Referat für deutsche Angelegenheiten. Im Jahre 1878 erhielt er vom deutschen Kaiser einen hohen Orden. Bis in die letzten Tage war er im Amt thätig.

#### Frankreich.

Paris, 25. Febr. Kammer der Deputirten. Bei Eröffnung der heutigen Sitzung gab ein Auditorium von der Tribune aus zwei Revolverzüsse in die Luft ab und warf einen Brief in den Saal. In die Quastur geführt, gab der Mensch an, daß er an Clemenceau geschrieben habe und daß dieser wisse, was dies zu bedeuten habe. Der in den Saal hinabgeworfene Brief war an Clemenceau adressirt und wurde von diesem

alsbald dem Präsidenten Floquet ausgehändigt. Wie sich weiterhin herausstellte, war der Revolver, obgleich in die Luft abgeschossen, doch geladen gewesen, denn die Kugel wurde in dem Halbrund des Saales am Boden aufgefunden. Der Urheber der Scene hat auf Begehrungen erklärt, daß er die Aufmerksamkeit der Regierung auf seinen Prozeß habe lenken wollen, welcher neue Einzelheiten über die Capitulation von Mez und die Anwesenheit deutscher Spione in der Armee enthüllen werde. Der Mensch heißt Pionnier und ist 35 Jahre alt. — Die Kammer trat sodann in die Beratung des Madagascar-Vertrages ein.

Paris, 24. Februar. Das Journal „Le Matin“ veröffentlicht Auszüge aus den demnächst erscheinenden Memoiren der Cora Pearl mit Briefen des Prinzen Jerome Napoleon an die ehemals viel-nannte Courtisanen, welche höchst standesgemäß Natur sind. Beim Publikum erregt, der „Mat.“ auf, diese Veröffentlichung mehr Interesse als der gestrige Manifestbrief des „rothen Prinzen“.

#### England.

London, 25. Februar. Lord Salisbury beabsichtigt, in nächster Zeit zur Kräftigung seiner Gesundheit eine Reise in das Ausland anzutreten.

#### Spanien.

Madrid, 25. Febr. Der Oberkriegsrath bestätigte die Verurtheilung des Herzogs von Seville zu 8 Jahren Gefängniß und Verlust des Grades.

#### rumänien.

Bukarest, 25. Februar. General Angelescu ist zum Kriegsminister ernannt worden. (W. T.)

#### Niederlande.

Petersburg, 25. Februar. Wie die „Neue Zeit“ meldet, wird der bisherige russische Generalcommissar in New York, Baron v. Rosen, nach Sofia versetzt werden. (W. T.)

#### Danzig, 26. Februar.

Wetterausichten für Sonnabend, 27. Februar. Original-Telegramm der Danziger Zeitung auf Grund der Prognose der Deutschen Seewarte.

Bei auffrischendem Südwind ziemlich heiteres, etwas wärmeres Wetter. Keine oder nur geringe Niederschläge.

\* [Meine Erfahrungen für den Danziger Handel] Wenn der „Berliner Actionär“ — der in Eisenbahn-Angelegenheiten als vom Eisenbahnmintertum aus officiell bedient gilt — richtig informirt ist, steht unserm ohnehin mehr und mehr zurückgebrachten Handelsverkehr mit Russland eine neue Benachteiligung durch Tarifmaßnahmen bevor. Wie das genannte Organ erfahren haben will, soll der Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn eine Verlängerung der südrussischen Tarife (Kursk - Kiew, Kursk - Charlow - Asow, Tschernowitz, Charlow - Nikolajew) seitens des Eisenbahn-Ministeriums verweigert worden sein. Die Marienburg-Mlawkaer Bahn sei vielmehr aufgefordert worden, ihre Tarife zu erhöhen, da sie „zu billig fahre“; ferner sollte die Ostbahn veranlaßt werden, ihre Tarife von Marienburg nach Danzig zu erhöhen. (Ob und wie weit sich diese Nachricht bestätigt, vermöchten wir bis zum Schlusse der heutigen Abend-Ausgabe nicht zu erfahren.)

\* [Molkereibetriebe in Westpreußen] Die heutige erschienene Nummer der „Westpr. Landwirthschafts-Mit.“ berichtet über die im Jahre 1885 erzielten Geschäftsergebnisse der größeren Molkerei-Genossenschaften Westpreußens. Hierauf hat die Molkerei-Genossenschaft Christburg im Jahre 1885 produziert: Butter 31 995 Kilogr., fetten Schweizerfleife 5025 Kilogr., halbf. Schweizerfleife 623 Kilogr., mageren Schweizerfleife 5306 Kilogr., fetten Tilsiter Käse 3283 Kilogr., mageren Tilsiter Käse 12 048 Kilogr. Verkauft resp. an die Lieferanten zurückgegeben wurden: Magermilch 214 000 Kilogr., Buttermilch 29 339 Kilogr., Mollen 262 060 Kilogr. Einzelheitlich wurden 1 203 039 Kilogr. Milch, davon direct verkauft 63 141 Kilogr. Bei der Molkerei-Genossenschaft Stuhm wurden 1 303 701 Kgr. Milch verarbeitet zu Butter und Margerfleise, im Sommer auch zu Schweizerfleife. (Nähere Produktionsangaben fehlen). Die Molkerei-Genossenschaft Czerwinski hat 1885 nur 505 000 Liter Milch verarbeitet; davon sind 23 000 Liter frisch verkauft oder zu fettem Käse verarbeitet, das übrige Quantum mittelst Centrifugen abgerahmt und verbüttelt. In Butter wurden 16 179 Kilogr. verkauft. Fertige Waare gewonnen, d. h. 1 Kilogr. Butter von 29,81 Kilogr. Milch oder 3,35 Kilogr. Butter von 100 Kilogr. Milch. Die Butter ist fast ausschließlich nach Berlin verkauft. An fettem Schweizer sind 200 Cr. aus der Produktion von 1884 nach Berlin, Breslau, Danzig und anderen Orten zu Preisen ca. 50—60 Mt. je nach Qualität verkauft. Die Nachfrage nach Kommandour und Camembert ist so ungleichmäßig und so gering, daß die Produktion auf engste Grenzen beschränkt bleiben mußte. Dagegen nimmt der Verbrauch an mageren Käsen etwas zu, seitdem dies billige Nahrungsmittel im Publikum mehr Anhang gefunden und auch in den Verpflegungsanstalten der Kasernen und Strafanstalten Verwendung findet. Die Molkerei hat regelmäßig Lieferung an die Strafanstalt in Mabit und Kasernen in Thorn und Graudenz. Die Molkerei-Genossenschaft Kulmsee fabricirte 21 772 Kilogr. Butter und 2943 Kilogr. Margerfleise. Aufgeliefert wurden 848 881 Kilogr. Milch. Nach dem Verkauf der Molkerei-Genossenschaft zu Molenwerder sind Zahlen über den Umfang der Produktion ebenfalls nicht enthalten. Der Bericht konstatirt, daß die Molkerei ziemlich aufgeräumt sind und die bedeutend gefallenen Preise nicht zur Produktion ermutigen. Dagegen hat dort die Schweinemast unter den obwaltenden Verhältnissen das denkbar günstigste Resultat geliefert; es ist ein Reingewinn von über 9000 Mt. geblieben. Bei genügender und zweckmäßig eingerichteter Räumlichkeit würde leicht ein Mehrertrag von 2—3000 Mt. zu erzielen sein.

\* [Buchführung bei Aktiengesellschaften] Jedes der Vorstandsmitglieder einer Aktiengesellschaft, welche ihre Zahlungen eingestellt hat oder über deren Vermögen das Concursverfahren eröffnet worden ist, haftet nach einem Plenarurtheil des vereinigten Strafsenate des Reichsgerichts vom 9. Januar d. J. strafrechtlich wegen Panieruts für mordentliche Buchführung oder Unterlassung der Bilanzierung ohne Rücksicht darauf, ob nach Gesellschaftsvertrag oder statutarischem Errichtung die Führung der Handelsbücher der Gesellschaft nur einem Vorstandsmitgliede ausschließlich, oder ob sie einem hierfür speziell bestellten Geistlichen beauftragt werden müssen. (Zwei Fälle sind hierauf zu rücksichtigen: 1. der Vorstand ist ein Priester, 2. der Vorstand ist ein Geistlicher, welcher die Führung der Handelsbücher der Gesellschaft nicht ausübt.)

\* [Buchführung bei Actiengesellschaften] Jedes der Vorstandsmitglieder einer Aktiengesellschaft, welche ihre Zahlungen eingestellt hat oder über deren Vermögen das Concursverfahren eröffnet worden ist, haftet nach einem Plenarurtheil des vereinigten Strafsenate des Reichsgerichts vom 9. Januar d. J. strafrechtlich wegen Panieruts für mordentliche Buchführung oder Unterlassung der Bilanzierung ohne Rücksicht darauf

Deteniten im Canon war, wie bei Leonore, nur vorübergehend. Den Don Bizarro färbte Herr Strakosch in den höheren Lagen der Partie durchgreifend und energisch, weniger ausgiebig in den tiefer liegenden, eine Anleihe an den Bäschmachenden Stellen. Fräulein Forster war eine ansprechende Marzelline, die ihre Arie mit Fleiß und klänglich mit guter Wirkung sang, in andern Fällen aber mit der Stimme nicht immer nach Wunsch herausging. Dem Jaquino des Herrn Schnelle löst sich eine aufmerksame Behandlung des Duets mit Marzelline nach, auch Herr Schewendick (Don Fernando) sang seine kleine, aber dankbare Partie mit Sorgfalt. Auf den Chor der Gefangenen, dessen Soli die Herren Thate und Ernst wohlklingend sangen, war lobenswerther Fleiß verwandt worden. Das Orchester brachte diesmal als Einleitung zur Oper die große Leonoren-Duberture, die unter Herrn Weingartner's Leitung schwungvoll und mit trefflicher Nuancirung gespielt wurde und warmen Beifall erhielt.

M.

### Bericht über die Thätigkeit des Armen-Unterstützungs-Vereins zu Danzig für das Jahr 1885.

(Erstattet in der General-Veranstaltung am 25. Februar.)

Treu seinen durch 17 Jahre bewährten Grundsätzen hat der Verein auch im verflossenen Jahre es sich angelebt sein lassen, durch sachgemäße ge-regelte Armenpflege dem Elend der Armen unserer Stadt zu steuern. Schwer, wie diese Aufgabe ist, gegenüber den vielfachen Anprüchen nur die wirklich dringendsten zu berücksichtigen, so wird sie doppelt schwer in einer Zeit, in der die gebürtigen Erwerbsverhältnisse die Bedürftigkeit periodisch stark an-schwanken lassen. Immer wieder kommen an den Verein Unterstützungsgezüche von rüstigen arbeitswilligen Leuten, die zwar im Stande sind für sich und die Jüngsten zu sorgen, aus Mangel an Arbeit es zur Zeit nicht zu thun vermögen. Da, wo der Verein eine solche Klage berechtigt findet, säumt er nicht, wenigstens der äußersten Noth hindernd entgegen zu treten; nachsichtlos aber lehnt er jede Unterstützung ab, wo die nothwendigen Voraussetzungen fehlen. Gerade die Schwierigkeit, ein richtiges Urtheil über diese Verhältnisse zu gewinnen, mahnt immer wieder von Neuem an den obersten Grundsatz unseres Vereins: "keine Unterstützung zu bewilligen ohne persönliche Prüfung durch einen Armepleger." Wenn jeder, an dessen Thüre ein Bettler pocht, sich dieses Grundsatzes erinnerte und statt der ungezählten einzelnen Pfennige, die er planlos und oft an Unwürdige fortgibt — wir nehmen die Unterstützung persönlich bekannter Bedürftiger, der Haussarmen, natürlich aus —, die aber in ihrer Gesamtheit viele Tausende betragen, unferen Vereine eine Beihilfe zufüllen lassen würde, wie viel mehr könnte geleistet werden.

Immer und immer wieder müssen wir diese Mahnung an unsere Mitbürger richten, da die Aufgaben, die dem Verein zufallen, von Jahr zu Jahr zunehmen, während die Mittel, die für die laufenden Ausgaben zu Gebote stehen, in diesem Vereinsjahr ganz erheblich, um ca. 1300 M., gesunken sind.

Es mussten die gewährten Unterstützungen dem entsprechend strenger und knapper bemessen werden, um das Gleichgewicht zu erhalten.

Der eigenthümliche Vorgang, dessen wir im vorigen Jahresbericht erwähnt haben, daß nämlich die Zahl der Vereinsmitglieder regelmäßigt steigt, während die Einnahme ebenso fällt, ist auch in diesem Jahre zu Tage getreten. Die Zahl der Mitglieder ist von 1394 in 1884 auf 1415 in 1885 gewachsen, die aufgebrachte Summe der Beiträge dagegen um rund 300 M. zurückgegangen. Das Jahr 1885 hat somit die höchste Mitgliederzahl, leider aber gleichzeitig die niedrigste Beitragssumme seit dem Bestehen des Vereins, seit 1868 erreicht. Der Durchschnittsbeitrag ist von 15,40 M. im Jahre 1868 auf 10,30 M. im Jahre 1883, 9,54 M. in 1884 und endlich auf 9,20 M. in 1885 gesunken. In natürlicher Folge dieses Rückgangs ist die Zahl der monatlich bewilligten Unterstützungen von 728 auf 714 gefallen, die Menge der im Durchschnitt monatlich abgelehnten Gesuche von 56 auf 66 gestiegen.

Ist auch der jetzige Stand der bewilligten Unterstützungen noch auf der Höhe des Jahres 1881 und nahezu doppelt so hoch als im Jahre 1868, so kann der Vorstand doch nicht ohne Besorgniß die tatsächliche Verminderung der Einnahme feststellen. Er giebt sich aber der Hoffnung hin, daß trotz im Allgemeinen trübener Zeiten sein Appell an die Bürger Danzigs zum Beiritt reichlichen Wiederhall finden werde, damit unser Verein, der auf Verbesserung der Bettelei so günstig gewirkt hat, auf seiner vollen Höhe erhalten bleibt.

Unser Bureau ist angewiesen, über jedes Unterstützungsgezüch, gleichviel ob ihm dasselbe von einem Vereinsmitgliede oder von anderer Seite überwiezen wird, die erforderliche Prüfung der Verhältnisse zu veranlassen und über das Ergebnis dieser Prüfung Auskunft zu geben. Wir bitten auch dieses Mal darum, von dieser Einrichtung ausgiebigen Gebrauch zu machen, damit das Hauptziel des Vereins, die wirklich vernünftige Armenpflege, innerhalb wie außerhalb, immer mehr erreicht werde.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit auch noch von Neuem auf die von der Abegutstiftung eingerichtete Arbeiter-Nachweissungsstelle aufmerksam machen und dieses Institut dringend den Arbeitgeber zur Benutzung empfehlen. Unser Verein hat ein großes, wenn auch nur mittelbares Interesse an dem Erfolge dieser Sache, da gerade der unfreiwillige Mangel an Arbeit manche tüchtige Kraft dem Nichtstun, dem Trunk und damit in letzter Stunde die Familie unausbleiblich der Armenpflege zuführt. Durch diese Nachweissungsstelle sind im Laufe des Jahres 1885 52 Arbeitnehmer zu dauernder, 192 zu vorübergehender Arbeit untergebracht worden. Es fehlt diesem Institut leider noch immer die rege Theilnahme der Arbeitgeber und möchten wir die Vereinsmitglieder auch an dieser Stelle bitten, im Falle des Bedarfs an Arbeitskräften sich dieser Vermittelungsstelle regelmäßig zu bedienen. Nur durch fortgesetzte Zuwendung von Aufträgen seitens der Arbeitgeber kann der erhoffte Erfolg voll und ganz erzielt werden, an zahlreich bereiten Arbeitnehmern hat es bisher noch nicht gekehlt.

Bevor der Vorstand zu dem weiteren ziffermäßigen Berichte übergeht, möchte er sich noch ein Wort an die Mitglieder des Vereins, wie überhaupt an alle Mitbürger Danzigs gestatten. Unsere Vereinstätigkeit ist wesentlich auf Pflege der Armen durch männliche und weibliche Armenpfleger begründet. Leider haben im verflossenen Jahre nicht weniger als 12 thätige Mitglieder ihr im edelsten Sinne dankbares Amt niedergelegt. Bei den starken Anforderungen, die heute überall an die Thätigkeit der Bürger gestellt werden, hält es schwer, schnell Ersatz für die ausgeschiedenen Armenpfleger zu schaffen. Der Vorstand richtet daher an Männer und Frauen, die für solche Thätigkeit

Interesse und Neigung haben, die Bitte, an dieser Arbeit theilzunehmen.

Der Armen-Unterstützungs-Verein zählte im Jahre 1885 1415 Mitglieder mit zusammen 13012 M. 85 Pf. regelmäßigen Beiträgen (gegen 1394 Mitglieder mit 13309 M. 45 Pf. Beiträgen im Jahre 1884). An einmaligen Geschenken wurden ihm 2315 M. 8 Pf. zugewendet (1884 1762 M. 17 Pf.), davon wurden 1660 M. 50 Pf. dem Wunsche der Geber gemäß, dem Kapital-Vermögen hinzugefügt, während deren Zinsen, sowie die übrigen 654 M. 58 Pf. für die laufenden Ausgaben Verwendung fanden. Das Kapital-Vermögen hat sich dadurch von 26122 M. auf 27722 M. vermehrt.

Einschließlich des aus 1884 verbliebenen Bestandes waren für 1885 15678 M. 29 Pf. disponibel (gegen 16972 M. 8 Pf. im Jahre 1884). Hierüber wurden durch Betriebskosten, Gehalte, Bureaumiete u. c. 2632 M. 2 Pf. abgehobt (gegen 2694 M. 95 Pf. 1884), für Unterstützungen aufgewendet 12554 M. 70 Pf. (gegen 13724 M. 23 Pf. 1884), für Vereinschilder 10 M. für Extrabordarien, für M. 66 Pf. und 428 M. 91 Pf. bliebenhaar und in Vorräthen bestand (1884 499 M. 5 Pf.).

Vom Vereine unterstützt wurden 306 einzel-

stehende alte arbeitsunfähige Personen (1884: 348) und 408 Familien mit 580 schulpflichtigen und 335 noch nicht schulpflichtigen Kindern (1884: 435 Familien mit 616 schulpflichtigen und 375 noch nicht schulpflichtigen Kindern). Zu den unterstützten Familien gehören 186 Witwen mit ihren Kindern, 174 Familien, welche durch Krankheit oder Arbeitslosigkeit des Ehemannes in Not gerathen, und 48 Frauen mit ihren Kindern, welche angeblich von den Männern verlassen waren. Im Jahre 1885 sind gegen das Vorjahr 42 einzestehende Personen und 27 Familien weniger unterstützt.

Die Durchschnittszahl der genehmigten monatlichen Unterstützungsgezüche betrug 714 (gegen 728 im Jahre 1884).

An die Vereinsarmen sind im Jahre 1885 zur Vertheilung gekommen: 4108 Brode, 6520 Portionen Kaffee (à ¼ Pf. Kaffee und ¼ Pf. Cichoriën), 13150 Pf. Mehl, 42 Liter Milch, 37 Hennen, 1 Kleid, 3 Unterröcke, 1 Frauenjacke, 8 Knabenjacken, 17 Paar Knabenhosen, 26 Paar Schuhe, 83 Paar Holzpantoffeln, 23 Paar Strümpfe, eine Bettenschlittung, 1 Bettlaken, 4 Strohsäcke, 4 Paar Schuhe wurden repariert.

Die vom Vereine ausgeteilten, sowie auch die für die städtische Armenpflege gebrauchten Kleider sind von unterstützungsbefürftigen älteren Personen unter Aufsicht der Bekleidungscommission des Vereins angefertigt worden, um die Arbeitsfähigkeit jener Personen nicht ganz untergehen zu lassen. Es wurden dafür 220 M. 34 Pf. Arbeitslohn ausgezahlt. Wie in den früheren Jahren ist bei der Austheilung von Kleidungsstücken wesentlich darauf geachtet worden, die schulpflichtigen Kinder der vom Vereine unterstützten Familien zu einem regelmäßigen Schulbesuch auszustatten und anzuhalten.

An der Vereinsarmenpflege haben im Jahre 1885 13 Damen und 41 Herren Theil genommen. In der vom 16. Januar bis 31. März im Betriebe gewesenen Suppenküche wurden 75976 Liter warmes Essen für ein Entgelt von 5 Pf. pro Liter verabfolgt.

Der spezielle Rassenbericht pro 1885 stellt sich wie folgt:

Einnahmen.		M.
Saldo von 1884.		309,25
Bestand an Kleidern.	187,10	M.
" Lebensmittela.	2,70	"
Beiträge pro 1885.	130,2,85	
Geschenke	2315,08	M.
Davon auf Kapital-Konto	1660,50	"
Zinsen:	654,58	
12 000 M. Hypothek Smasen 5% 600,00 M.		
600 M. Danziger Hypotheken-		
Pfandbriefe 5% 30,00 "		
10 600 M. Weltpr. Pfandbr. 4% 424,00 "		
3900 M. Cons. Br. Anleihe 4% 156,00 "		
600 M.		
Ende 1885 angekauft".	—	
Von Depositen	36,50	"
Extraordinaria.	265,31	
	15 678,29	
Ausgaben.	M.	
Lebensmittel an die Armen	12 239,70	
Kleider	315,00	
Gebäte	1970,00	
Drucksachen	170,75	
Bureaumiete	200,00	
Bureauosten	216,27	
Brennmaterial	75,00	
Schilder	10,00	
Extraordinarium	52,66	
Bestand an Kleidern	2.6,68	M.
" Lebensmitteln	3,60	"
Saldo zu 1886	168,63	
	15 678,29	

Aus dem Weinberg-Fonds wurden im vergangenen Jahre an Spenden 25 M. vertheilt.

### Tabellarische Uebersicht über die Vereinsverhältnisse seit dem Jahre 1868.

Jahr	Mitglieder	Beiträge	Geschenke	Bürgen	Vermögen	Unterstützungsgezüche	Gehalts- und durchschnittlich per Monat	Barometer-Stand in Millimetern.		Wind und Wetter.
								Summe	Summe	
1868	928	14288	1272	—	15	120	57	177	594	12
1869	1300	2948	600	12000	99	61	57	126	597	482
1870	1147	16291	3399	600	84	41	226	648	48	600
1871	1079	14631	2810	600	70	37	107	623	45	578
1872	1025	14263	3015	657	63	35	98	605	55	550
1873	971	13901	1407	663	51	30	87	665	61	604
1874	1056	13828	2083	664	57	30	87	681	29	594
1875	1086	13888	1079	677	54	29	87	681	29	594
1876	1054	13769	1011	637	52	27	79	625	38	589
1877	1195	14201	1171	694	780	24	614	47	567	584
1878	1185	2824	707	1486	55	24	617	33	563	615
1879	1226	1688	782	15819	29	20	660	29	564	615
1880	1249	1497	1207	1486	43	20	662	29	565	616
1881	1306	14136	3047	1112	26022	40	16	566	29	566
1882	1346	14145	2559	1214	26122	45	15	567	29	567
1883	1354	13933	2263	1205	27722	51	15	568	29	568
1884	1394	13939	2263	1206	27722	51	15	569	29	569
1885	1394	13939	2263	1206	27722	51	15	570	29	570
1886	1394	13939	2263	1206	27722	51	15	571	29	571
1887	1394	13939	2263	1206	27722	51	15	572	29	572
1888	1394	13939	2263	1206	27722	51	15			

Durch die Geburt einer Tochter wurden erfreut  
Lappin, den 26. Februar 1886.  
G. Schäffer und Frau.

Die Verlobung unserer ältesten Tochter Martha mit dem Kaufmann Herrn Johann Wedhorn, Danzig, beehren wir uns hiermit ergebenst anzusehen.

Gemäß, im Februar 1886.  
Johann Buchholz und Frau.

Meine Verlobung mit Fräulein Martha Buchholz, älteste Tochter des Kaufmanns Herrn Johann Buchholz, Gemäß, beehren ich mich hiermit ergebenst anzusehen.

Danzig, im Februar 1886.  
8589) Johann Wedhorn.

Am 25. Februar, Abends 7 Uhr, entschließt nach kürzen Leidern der Real Schul-Director a. D.

Prof. Dr. Friedrich Strehlke im 89. Lebensjahr.

Dieses zeigen in tiefem Schmerze an. (8634)

Die hinterbliebenen.

Danzig, d. 26. Febr. 1886.

Statt jeder besonderen Meldung.

Gestern Abend 8½ Uhr starb nach kurzen Leidern mein innig geliebter Mann, mein lieber Bruder, unter guter Doktor und Schwager

August Friedrich Pudler im 70. Lebensjahr.

Diese Trauernachricht hiermit allen Freunden und Bekannten. Im Namen der hinterbliebenen Hedwig Pudler,

geb. Fräulein. (8605)

Danzig, den 26. Febr. 1886.

Ein plötzlicher Tod endete am 24. Abends 9 Uhr das Leben meines vielgeliebten Mannes, Vaters, Sohnes, Schwiegersohns und Bruders, des Kaufmanns

Julius Adolph Soth, im 45. Lebensjahr. Dieses zeigen um alle Theilnahme bittend tief betrübt an die

Die hinterbliebenen.

Die Beerdigung des Rechnungs-Rath Herrn

Kretschmer findet Sonnabend, Nachm. 3 Uhr, vom Trauerhaus Altstadt. Graben Nr. 100 aus statt. (8611)

Die Beerdigung meines Bruders des Kaufmanns

Carl Robert Baus findet Sonntag, den 28. d. Mts., Mittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Salvator-Kirchhofes statt. (8567)

Eduard A. Baus.

Bekanntmachung. In unserm Procuraten-Register ist heute sub 477 die Procura des Ludwig Bernhard Lehner für die Firma P. Franzen Nr. 950 des Firmenregisters gelöscht. (8612)

Danzig den 25. Februar 1886.

Königl. Amtsgericht X.

Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn.

Der bis zum 1. März cr. gültige Nachtrag VI. zum diesseitigen Pofal-Gütertarif wird bis zum 1. März 1887 verlängert. (8575)

Danzig, den 24. Februar 1886.

Die Direction.

S. „Paul“ v. Rotterdam, hier fällig.

S. „Omsk“ v. Mittelmeer-Häfen, hier fällig.

Den Herren Empfängern zur Nachricht, dass auf Grund der Connoissementscausel Eises halber die Abnahme der Güter in Neufahrwasser geschehen muss. (8635)

F. G. Reinhold.

Loose der Zoppoter Kinder-Heilstätten-Lotterie a 1 M.

Loose d. Marienburger Pferde-Lotterie a M. 3.

Loose d. Königsberger Pferde-Lotterie a M. 3.

Loose der Casseler Pferde-Lotterie a M. 3.

Loose der Marienburger Geld-Lotterie (bei der General-Agentur in Berlin bereits vergriffen) a M. 3,50.

Loose der Ulmer Münsterbau-Lotterie a M. 3,50 bei Th. Bertling, Gerbergasse 2.

Französischen Kopfsalat, Endivien-Salat, Radieschen, Artischocken, Zeltow-Rübchen

Maronen und Ital. Blumenkohl empfiehlt (8615)

A. Fast.

Heute gibt es frisch aus d. Raum geräucherten Silberlachs Pf. nur 2,10 M. Ostsee-Sprotten, Pf. nur 25 M. Kiste von 4½ Pf. nur 75 M. Lachmann Fischmarkt 46 (8606)

## Marienburger Ziegelei und Thonwaaren-Fabrik.

Action-Gesellschaft.

Die Herren Actionäre unserer Gesellschaft werden hierdurch zur vierzehnten ordentl. Generalversammlung

zu Donnerstag, den 18. März cr. Nachmittags 3 Uhr, in den Buettner'schen Gasthof „Zum Deutschen Hause“ in Marienburg eingeladen.

Diejenigen Actionäre, welche sich bei der General-Versammlung beteiligen und ihr Stimmrecht ausüben wollen, haben nach § 21 und 22 des Statuts ihre Aktion vorher entweder bei der Gesellschafts-Kasse zu Kaltbörde oder bei der Marienburger Privat-Bank D. Martens in Marienburg oder bei Herrn Hermann Pape in Danzig oder bei Herren Baum & Liepmann in Danzig zu deponieren und dagegen einen Depositenchein nebst Stimmarke in Empfang zu nehmen.

### Tagesordnung:

1. Geschäfts-Bericht pro 1885 und Vorlegung der Bilanz.
2. Bericht der Revisoren über Prüfung der Bilanz und event. Ertheilung der Decharge.
3. Wahl eines Mitgliedes des Aufsichtsraths für ein statutengemäß ausscheidendes Mitglied.
4. Wahl von drei Revisoren pro 1886.

Die Bilanz und der Geschäftsbereich liegen vom 3. März cr. ab im Geschäftskontor der Gesellschaft zu Kaltbörde zur Einsicht der Actionäre aus.

Marienburg, den 23. Februar 1886. (8579)

Der Aufsichtsrath. Die Direction.  
Bauer. D. Martens. Julius Kohn. H. Weisse.

## Marienburger Ziegelei- u. Thonwaarenfabrik,

Action-Gesellschaft.

Die Herren Actionäre unserer Gesellschaft werden hierdurch zu einer außerordentlichen General-Versammlung

zu Donnerstag, den 18. März cr. Nachmittags 4 Uhr, in den Buettner'schen Gasthof „Zum Deutschen Hause“ in Marienburg eingeladen.

Diejenige Actionäre, welche sich bei der General-Versammlung beteiligen und ihr Stimmrecht ausüben wollen, haben nach § 21 und 22 des Statuts ihre Aktion vorher entweder bei der Gesellschafts-Kasse zu Kaltbörde, oder bei der Marienburger Privat-Bank D. Martens in Marienburg oder bei Herrn Hermann Pape in Danzig oder bei Herren Baum & Liepmann in Danzig zu deponieren und dagegen einen Depositenchein nebst Stimmarke in Empfang zu nehmen.

### Tagesordnung:

- Antrag des Aufsichtsraths:  
„Action bis 60 000 M. Nominal-Betrag in Submission zum Course nicht über 75 % zurück zu laufen, dieselben zu amortisiren und die Differenz zwischen dem Anschaffungswerte und dem Nominal-Betrage dem Reservefond zu übertragen, sowie den Aufsichtsrath zu beauftragen, die weiteren Modalitäten eines solchen Rückkaufs auszuführen.“

Unter Bezugnahme auf § 243 und 248 des Gesetzes vom 18. Juli 1884 über Action-Gesellschaften ist es erforderlich, dass bei einer theilweisen Rückzahlung des Grund-Capitals durch die vorliegende Gesellschaft zugleich die Gläubiger aufgefordert werden, sich bei der Gesellschaft zu melden; diese Aufforderung geschieht hiermit.

Marienburg, den 23. Februar 1886. (8580)

Der Aufsichtsrath. Die Direction.  
Bauer. D. Martens. Julius Kohn. H. Weisse.

## Marienburger Pferde-Lotterie.

Ziehung am 1. Mai 1886.

### 43 Hauptgewinne, bestehend:

in einer zweispännigen Equipage, einer einspännigen Equipage, drei gesattelten Reitpferden, 38 Luxus- und Gebrauchs-Pferden, ferner in 2357 Gewinnen verschiedener Art im Werthe von 5-50 M. Loose a 8 M. zu haben in Marienburg bei Herren L. Giesow und O. Halb, in Dirichau bei C. Hopp, in Neuteich bei E. Wienss, sowie in der Expedition der Danziger Zeitung und der General-Agentur von Th. Bertling, Gerbergasse 2. (8629)

Mein Comtoir befindet sich jetzt

## Frauengasse Nr. 44.

Heinrich Hevelke,

General-Agentur der Mannheimer Rückversicherungs-Gesellschaft.

Haupt-Agentur der Deutsch-Lebens-Versicherungs-Gesellschaft in Lübeck.

Haupt-Agentur der North British and Mercantile Insurance Company. (8096)

## Maurer-, Zimmer-Arbeiten und Baumaterialien,

Bauzeichnungen, Kostenanschläge, Tafeln, Gutachten etc. übernimmt R. Kappis, Architekt und vereid. Baufachverständiger, Danzig, Langgasse 72, 2. Etage. (7074)

Bis Ende März kommen von jetzt ab Strohhüte jeder Art Tacous 1886 zum Verkauf

Wollwebergasse 4 (nahe dem Zeughause) im Ausverkauf der I. J. Goldberg'schen Restbestände.

N.B. Die Preise für neue Hüte sind nicht höher, als sonst Modernisierungen kosten. (8213)

Manschetten 1,25 M., Klapptaschen 75 Pf., Stehkragen 50 Pf.

CARL BINDEL — DANZIG Specialgeschäft für Gummiwaren

Illustration gratis u. franco.

sogenannte GUMMI-WÄSCHE wird mit kalt. Wasser u. Seife nur abgewaschen u. abgetrocknet!

Chemistessen 1,75 u. 1,25 M. Kindertaschen 80 Pf., Specialknöpfe.

Illustration gratis u. franco.

Postkarte auf Rissen.

Stahl-Muldenkipplowries, ½ und ¾ Cbm. Inhalt, Stahl-Grubenschienen zu Gleisen.

Transportable Stahlbahnen.

Ludw. Zimmermann Nachfl. Comtoir u. Lager: Fischmarkt 20/21.

Otto F. Bauer, Mengarten 31, Milchhannengasse 7, empfiehlt in großer Auswahl:

Blühende Topfpflanzen was die Saison bietet, Palmen, Blatt- u. Decorationspflanzen, Blumen-Arrangements in eleganter Ausführung, Vorbeer- und andere Kränze in jeder Größe. Decoration zu Trauer und Festlichkeiten.

Preise billig. (8614)

Stahl-Muldenkipplowries, ½ und ¾ Cbm. Inhalt, Stahl-Grubenschienen zu Gleisen.

Transportable Stahlbahnen.

Ludw. Zimmermann Nachfl.

Comtoir u. Lager: Fischmarkt 20/21.

## Promenaden-Concert.

Montag, den 1. und Dienstag, den 2. März, von Abends 6 Uhr ab, in den Räumen des

## Franziskaner-Klosters,

ausgeführt von sämtlichen Musikkorps der Garnison, zum Besten der Kasse des Militair-Frauenvereins. Entree für die Person 50 M. (8578)

### Der Vorstand.

## Echten Gouda-Säße, Gervais-Käse

Neuschätteler,

Tilsiter Sahne-Säße,

vorzüglichen Wurstkäse

empfiehlt

## Carl Studti,

Heilige Geistgasse 47,

Ecke der Leibnizgasse. (8244)

Täglich frische

## Ostsee-Sprotten,

Prima Qualität, a Pfd. 20 u. 30 M., den Kieler Art geschmackt und Fettgehalt gleich. Nur allein gut zu haben in der Seefischräuchererei von

A. Eichler,

Danzig, Spindlersmeiergasse Nr. 6.

Die alleinige Niederlage

meiner

## Ostsee-Sprotten

nach Kieler Art geräuchert, befindet sich von jetzt ab bei Herrn

## Arthur Falk,

Fischmarkt 11.

Derselbe hat täglich frische Waare und giebt zu billigen Tagespreisen ab

L. Böttcher,

Reusser.

## Hotel zum Stern

Heumarkt

vis-a-vis dem hohen Thore, empfiehlt seine gut angestellten Fremdzimmer zu soliden Preisen.

Bei längerem Aufenthalt Chambre garni-Preise. Hotel-Diener und Wagen am Bahnhof. (8424)

## Hotel Waldhäuschen.

Einer Privat-Gesellschaft wegen sind meine Localitäten Sonnabend, den 28. cr. von 7 Uhr Abends ab geschlossen. (8595)

Oliva, den 27. Februar 1886.

Carl Arndt.

Um den vielfach verbreiteten falschen Gerichten entgegen zu treten, erlaube ich mir ein hochgeehrtes reisendes Publizistum darüber aufmerksam zu machen, dass unsere

Hotel-Betrieb

nach wie vor fortbesteht und stets für gute Aufnahme und prompte Bedienung gesorgt wird. (8493)

Hochachtungsvoll

&lt;p

# Beilage zu Nr. 15717 der Danziger Zeitung.

Freitag, 26. Februar 1886.

## Rathstag.

54. Sitzung vom 25. Februar.

Dritte Berathung der G.-E., betr. die Herstellung des Nord-Ostsee-Canales. Das Haus hat die Vorlage nur in dem einen Punkt geändert, daß der Abgabtarif nicht dauernd, sondern nur im ersten Betriebsjahr vom Kaiser im Einvernehmen mit dem Bundesrat, später durch Gesetz festgestellt wird. (S. 3.)

Abg. Windhorst erklärt es für angemessen und billig, wenn der Ingenieur Dahlström für seine Arbeiten und Verdienste nicht allein seine Auslagen ersezt erhielte, sondern auch eine Entschädigung, die seinen Arbeiten und Verdiensten entspricht.

Abg. Brömel beschwert sich über die Concurrenz, welche die preußische Staatsbahnhverwaltung durch niedrige Tarife der Seeschiffahrt mache, welcher sie die Frachten nach Ausland zu entreissen suche. Wenn sich der Canal rentiren solle, so sei es nötig, daß das deutsche Reich mit der preußischen Eisenbahnhverwaltung in Concurrenz trete und die Canalabgaben möglichst ermäßige. Durch ein geeigneteres Bollabfertigungsverfahren würde der deutschen Seeschiffahrt nach einer größere Erleichterung zu Theil werden. Das Reich habe die Pflicht, Alles aufzubieten, daß der Canal vor Allem der deutschen Seeschiffahrt zu Gute komme.

Abg. Trimborn (Cent.) hofft, daß die Bewilligung des Nord-Ostsee-Canales das beste Mittel seiz wird, um auch den Rhein-Ems-Canal und die Canäle in Oberschlesien zu bringen.

Staatssekretär v. Bötticher schließt sich der Anrechnung des Dahlström'schen Projectes an und sagt eine entsprechende Honorierung derselben zu. Mit der Herstellung binnennärländischer Canalverbindungen soll vorgegangen werden; entsprechende Vorlagen würden im preußischen Landtag eingebracht werden. Abg. Brömel würde gut thun, seine Bedenken gegen die preußische Tarifpolitik im preußischen Landtag zur Sprache zu bringen. Uebrigens könne er in der preußischen Tarifpolitik eine gegen die deutsche Seeschiffahrt gerichtete Tendenz nicht erkennen.

Abg. Halben (freis.) kommt auf die von Behm bei der zweiten Berathung geäußerten Bedenken gegen die Verlegung der Schiffahrtsstraße in die Hamburger Bucht zurück, die, wie er nachweist, nicht von Bedeutung sind. Redner hofft, daß die Vorlage einstimmig angenommen werden wird.

Abg. v. Schallscha (Centr.) bedauert, daß der preuß. Eisenbahminister das Hauptgewicht auf die Steigerung der Einnahmen aus den Eisenbahnen legt. Daher erklärt sich, daß das Binnenlandcanalproject bis jetzt noch nicht zu Stande gekommen ist.

Staatssekretär v. Bötticher: Gerade der Eisenbahminister ist ein eifriger Förderer der Canalprojecte, die demnächst den preuß. Landtag beschäftigen werden.

Die Abgg. Brömel und Schrader constatiren nochmals, wie durch die Tarifermäßigungen der Staatsbahnhverwaltung der Seeschiffahrt die Concurrenz mit den Eisenbahnen er schwert sei.

Abg. Meier-Bremen (nat.-lib.) hält die Tarifpolitik des preuß. Eisenbahministers für vollständig richtig. Die Eisenbahnen sollten gar keine fiscalsche Seite haben, gar keine Ueberschüsse liefern, und so billige Tarife haben, daß sie zwar Kosten und Zinsen decken, aber auch weiter nichts.

Staatssekretär v. Bötticher lehnt es nochmals ab,

hier preußische Eisenbahntarif-Politik zu discussiren. Dazu sei im preußischen Abgeordnetenhaus der Ort. Und ich glaube, daß der Abg. Büchtemann sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen würde, den preußischen Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten anzugreifen, wenn wirklich diese Klagen so dringend wären! (Dahlström) Hier würde man frühestens noch 8 Jahren über diesen Gegenstand zu sprechen Veranlassung haben.

Abg. Schrader (freis.) weist darauf hin, daß Art. 45 der Reichsverfassung dem Reich die Controle über das Tarifwesen einräumt. Auch das Reichseisenbahnamt ist errichtet zu dem Zwecke, die Aufsicht über das Eisenbahnwesen zu führen. Die Befugnis des Reichs beim preußischen Eisenbahminister, über Klagen in Bezug auf das Tarifwesen vorstellig zu werden, steht also unbestritten fest.

Abg. Bamberger (freis.): Wenn hr. v. Bötticher so scharf die Grenzen zwischen Reichstag und Abgeordnetenhaus zieht, so mag er doch bei sich selbst den Anfang machen und nicht hier den Abg. Büchtemann so, wie es geschehen, angreifen. (Beifall links.) Für mich steht es außer Frage, daß trotz aller Sympathien für das Canalproject sich schwierlich eine Majorität für daselbe gefunden hätte, wenn nicht die Wehrhaftigkeit unseres Vaterlandes mit demselben in Verbindung gebracht wäre. Trotzdem hat weder ein Vertreter der Kriegsverwaltung noch ein Vertreter der Marineverwaltung hier das Wort ergriffen. Wenn ich nun daran denke, daß die erste militärische Autorität, der Abg. Graf Moltke, sich früher gegen das Canalproject ausgesprochen hat und daß dieser Ausspruch nicht zurückgezogen ist, so wird man mir den Wunsch nicht verbübeln, auch hier im Hause zu hören, daß die Summen, welche wir bemühen, wirklich im Interesse der Landesverteidigung verwendet werden.

Kriegsminister v. Schellendorff: Nachdem der Kaiser diese Vorlage unterschrieben hat, ist es doch selbstverständlich, daß alle Militärs, also auch Graf Moltke, für dieselbe sind. Ueber die militärischen Gesichtspunkte, die allein in die Commission gehörten, seien auch die Commissarien der Regierung der Commission Auskunft zu geben bereit gewesen.

Abg. Bamberger: Der Kriegsminister hat meine Bemerkung als einen Vorwurf aufgefaßt. Das ist nicht der Fall. Ich habe nur einen Wunsch vorgetragen. Die Behauptung, daß Graf Moltke in dieser Sache nicht das Wort ergriffen hätte, weil er mit derselben übereinstimmt, ist doch wohl etwas zu formalistisch aufgefaßt. Wäre das der Fall, so würden wir wohl niemals das Vergnügen haben, den Grafen Moltke hier zu hören. Ich habe den Eindruck, daß sich die Kriegsbehörde jetzt zwar zustimmend zu dieser Vorlage verhält, daß aber die Initiative zu dieser Vorlage nicht von ihr, auch nicht von der Marineverwaltung, sondern von der Reichskanzlei ausgegangen sei.

Kriegsminister: Nach der Verfassung giebt es gewisse Dinge, die speciell dem Kaiser vorbehalten sind, namentlich auf dem Gebiet der Landesverteidigung stellt die Verfassung den Kaiser deutlich in den Vordergrund. Im Uebrigen wiederhole ich den Ausdruck meiner Beurteilung, in der Commission auf jede hierauf bezügliche spießt an mich gerichtete Frage Auskunft zu geben, nicht im Plenum, wo denn doch für andere Leute ganz interessante, für uns aber schädliche Dinge zur Sprache kommen würden.

Abg. v. Hellendorff (cons.) erklärt, daß über das In-

teresse, welches die Landesverteidigung an der Vorlage hat, in der Commission zur Genüge erörtert ist.

Abg. Hänel (frei): Es liegt hier eine Reihe von Missverständnissen vor. Abg. Bamberger hat angeführt, daß bisher nur Gründe wirtschaftlicher Natur vorgebracht seien. Es ist klar, daß dieselben nicht genügen zur Rechtfertigung dieser Vorlage. Auch das militärische Interesse muß als maßgebend markirt werden. Auch ich lege Gewicht darauf, daß uns dies noch einmal bestätigt wird.

Kriegsminister: Ich habe erklärt, daß ich keine Veranlassung hätte, nachdem diele Fragen in der Commission auf das allergründlichste erörtert worden sind, hier im Plenum die Sache zu befreden. Selbstverständlich sind alle militärischen Fragen auf das gründlichste erörtert worden, und da ich annahe, daß ich auch das Vertrauen des Kaisers genieße, so versteht es sich von selbst, daß ich in der Frage nicht irgendwie eine abweichende Stellung einnehme.

Abg. Bamberger: Ich habe meinen Zweck einigermaßen erreicht. Die Situation ist klarer geworden als vorher, aber nicht in der erwünschten Weise. Ja mir hat sich der Eindruck verstärkt, daß die Landesverteidigung nicht mit besonderem Nachdruck für diese Vorlage eingetreten ist. Die Vorlage steht auf zwei Füßen, der eine ist der Küstenverteidigung, der andere der des wirtschaftlichen Interesses. Ich verlange nicht die Veröffentlichung von Geheimnissen; ich wollte nur eine runde Erklärung darüber, daß die Vorlage im Interesse der Landesverteidigung liege. Diese ist nicht erfolgt.

Die Vorlage wird unverändert nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Berathung des Entwurfs, betr. Änderung des Gesetzes über die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen.

Das Ergebnis der Commissionsberathung ist, wie auch Referent Trimborn ausführt, ein wesentlich negatives gewesen. Die Commission hat die Regierungsvorlage abzulehnen beschlossen und empfiehlt statt ihrer folgende Resolution: „den Reichskanzler zu ersuchen, daß für Jungen zu wollen, daß die Vorkehrungen zur Verhinderung des Schmuggels, sowie die Vorsichtsmaßregeln bei der Viehinfuhr vom Ausland in ein richtiges Verhältniß gebracht werden zu den auf die Verminderung von Viehseuchen gerichteten wohlberichtigten strengen gesetzlichen Bestimmungen im Inlande, ferner daß der periodischen Desinficirung der Gasthofställe und der Ställe der Viehhändler seitens der Polizeibehörden dieselbe Aufmerksamkeit zugewendet werde, wie der Desinficirung der Eisenbahnwagen.“

Die Discussion wird zunächst eröffnet über Art. 2 der Vorlage, welcher dem § 45 des Viehseuchengesetzes folgende Fassung geben will: „Die Polizeibehörde hat die Tötung der nach dem Gutachten des beamteten Tierarztes an der Lungenseuche erkrankten Thiere aufzuordnen und kann auch die Tötung verdächtiger Thiere anordnen. Ist der Ausbruch der Seuche festgestellt, so müssen alle verdächtigen Thiere mit einem dauernd haftenden Kennzeichen versehen werden. Die Landesregierungen sind ermächtigt, für den ganzen Umfang ihres Staatsgebietes oder für Theile desselben die Impfung sämtlicher Kinder in dem Gebiete oder in der Ortschaft, wo die Lungenseuche ausgebrochen ist, anzuordnen.“

Abg. v. Hasselbach (cons.) befürwortet hierzu ein

vom Grafen v. Behr und ihm gestelltes Amendement, wonach bei Viehständen von erheblicher Zahl oder von werthvollen Buchthieren nicht die Tötung, sondern nur die Kennzeichnung der der Ansteckung verdächtigen Thiere polizeilich herbeigeführt, die Impfung auch nur in solchen Gegenenden zugelassen werden soll, wo die Lungenseuche an Ausdehnung gewonnen hat.

Abg. Graf Adelmann hat gleichfalls ein Amendement gestellt, dessen wesentliche Abweichungen von der Vorlage darin bestehen, daß die Landesregierungen in solchen Fällen, in denen nach ihrem Ermeessen durch den plötzlichen Verlust des Viehbestandes besonders drückende Nachtheile hervorgerufen werden, ermächtigt sein sollen, auf Antrag des betreffenden Besitzers ausnahmsweise für die Tötung resp. Ueberführung der nur der Ansteckung verdächtigen Thiere in Schlachtwöhle oder Schlachthäuser eine Frist bis zu zwei Monaten einzutreten zu lassen.

Minister Lucius empfiehlt unveränderte Annahme der Regierungsvorlage.

Abg. Witt (frei) erklärt sich gegen die Amendements, insbesondere gegen den Antrag Behr-Hasselbach und bittet, das Haus möge wie die Commission votiren, daß bestehende Viehseuchengesetz sei, wenn es nur zweckentsprechend gehandhabt werde, recht wohl ausreichend.

Die weitere Berathung wird bis Freitag vertagt.

Danzig, 26. Februar.

¶ [Gewerbeverein.] Vor Damen und Herren hielt gestern Herr Wusinowski aus Manila einen Vortrag über die Philippinen. Nach einer kurzen Beschreibung der Lage dieser Inselgruppe schilderte der Vortragende seine Reise dorthin, welche via Suez mit dem Dampfer von Liverpool etwa 40—45 Tage dauert, hob hervor, daß die Philippinen von den Spaniern entdeckt und in Besitz genommen sind, vorher aber bereits den Chinesen und Japanern Tauschhandel getrieben, und führte aus, daß eine genaue Kenntnis von der Bevölkerungszahl der Philippinen schwer zu erlangen sei, weil eine Volkszählung aus verschiedenen Gründen nur schwer bewerkstelligt werden kann, denn die Eingeborenen führen keine Familiennamen, durch welche man sie bezeichnen könnte, dann aber halten sich einzelne Stämme im Innern der Inseln so abgeschlossen von den Eingewanderten, daß ihnen nur schwer beizukommen ist. Erst neuerdings ist durch die spanische Regierung angeordnet worden, daß jeder Eingeborene sich einen Namen beilegen müsse, und so ist es möglich geworden, ungefähr die Bevölkerungszahl der Philippinen, die auf 8 Millionen angenommen wird, zu schätzen. Das Land, dessen Ureinwohner Sonnen- und Feueranbeter sind, hat eine Größe etwa wie Großbritannien und Irland zusammen, es ist fruchtbar und erträglich, das Klima ist tropisch. Der Vortragende beschrieb ferner eingehend Land und Leute auf den Philippinen und kommt zu dem Resultat, daß unter spanischer Regierung ein wirkliches Gediehen dieser Insel-Colonie nicht zu erwarten sei. Zum Schlusse seines Vortrages beschrieb Herr Wusinowski ein im Jahre 1880 in Manila erlebtes starkes Erdbeben, an denen die Inselgruppe ziemlich reich ist. — Der Vortrag fand ein aufmerksames und dankbares Auditorium.

¶ Aus dem Kreise Marienburg, 25. Febr. Das Statut des Vereins zur Versicherung von Kind-

